

samkeit geschenkt und die Tendenz, nach vorschnellen Erfolgen zu streben nicht hinreichend bekämpft.

Ausdrücklich Kritik äußerte Li Peng an der Mitte 1988 gefällten Entscheidung für die Fortsetzung der Preisreform und die damit zusammenhängenden weiteren Preisfreigaben. Man habe nicht nur die Belastungsgrenze, des Staates, der Betriebe und der Bevölkerung nicht hinreichend bedacht, sondern man habe sogar noch in einer Situation, in der die Inflation bereits deutlich zutage getreten sei, die Freigabe und Anhebung von Preisen fortgesetzt. Obwohl Li Peng als Ministerpräsident der formal Hauptverantwortliche für diese Entwicklung ist, richtete sich diese Kritik doch vor allem gegen die radikalen Reformkräfte um Zhao Ziyang und gegen Deng Xiaoping selbst, der sich noch Mitte Mai 1988 öffentlich deutlich für die Preisfreigabe ausgesprochen und die konservativeren Kräfte aufgefordert hatte, mehr Mut und Risikobereitschaft zu zeigen.

Kaum Kritik äußerte Li Peng hingegen an der bisherigen Bildungspolitik, obwohl auch im Erziehungswesen sehr viele, schwerwiegende Probleme bestehen. Dies wäre aber einer echten Selbstkritik gleichgekommen, denn immerhin war Li Peng von Juni 1985 bis April 1988 fast drei Jahre lang Vorsitzender der Zentralen Erziehungskommission gewesen.

Die Ausführungen von Li Peng zum Thema der politischen Reformen lassen darauf schließen, daß es auf diesem Sektor in der auf mindestens zwei Jahre angesetzten wirtschaftlichen Sanierungsphase kaum Fortschritte geben wird. Lediglich das System der Zusammenarbeit und der politischen Konsultation zwischen den existierenden politischen Parteien "unter der Führung der Kommunistischen Partei" soll weiter ausgebaut werden. Ansonsten betonte Li Peng die Notwendigkeit, an den "Vier grundlegenden Prinzipien" festzuhalten und für eine stabile politische und gesellschaftliche Lage zu sorgen. Jegliche Unruhe und jedes Chaos seien dem Aufbau und der Reform abträglich, warnte Li. Immerhin forderte der Regierungsbericht, daß beim Kampf gegen die Korruption der Staatsrat und die Regierungsorgane mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Da darf man gespannt sein, denn bisher scheint gerade die zentrale Ebene vom Kampf gegen die Korruption ausgeschlossen gewesen zu sein. -sch-

*(13)

Qiao Shi neuer Präsident der ZK-Parteischule

Qiao Shi, Chinas höchster politischer Verwalter der Bereiche Sicherheit und Justiz, soll zusätzlich zu seinen bisherigen Posten das Amt des Präsidenten der ZK-Parteischule übernommen haben. Dies berichtete die für gewöhnlich gut informierte Hongkonger Zeitung *Wen Hui Bao* in ihrer Ausgabe vom 17. März 1989 (nach: SWB, 22.3.89). Qiao Shi löst Gao Yang von diesem Posten ab, der im März 1987 das Amt des Präsidenten der ZK-Parteischule von Wang Zhen übernommen hatte. Qiao Shi verfügt damit über eine außergewöhnliche Ämter- und Machtfülle, die ihn als einen der aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des ZK-Generalsekretärs erscheinen lassen, wenn Zhao Ziyang abtreten sollte. Qiao Shi ist u.a.

- Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh,
- Mitglied des ZK-Sekretariats,
- Leiter ("Sekretär") der Zentralen Disziplinarkontrollkommission,
- Präsident der ZK-Parteischule und wahrscheinlich nach wie vor
- Leiter der ZK-Führungsgruppe Politik und Recht, die für die Aufsicht über den gesamten Justiz- und Sicherheitssektor zuständig ist. -sch-

*(14)

Neben den "Vier grundlegenden Prinzipien" nun auch noch 4 "Unveränderliche"?

Die Beijinger Zeitung *Wirtschaftsinformationen* (Jingji Cankao) veröffentlichte am 24. Februar 1989 einen Artikel, in dem neben dem Festhalten an den "Vier grundlegenden Prinzipien" auch noch vier sog. "Unveränderliche" als Bestandteile des politischen Rahmens des Modernisierungskurses benannt werden. Sie lauten:

- Verändert nicht die "Vier grundlegenden Prinzipien" (Festhalten an der Führung der KPCh, Festhalten an der demokratischen Diktatur des Volkes [d.h. Diktatur des Proletariats], Festhalten am sozialistischen Weg, Festhalten am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen).
- Verändert nicht die Leitlinie der Reform [nach innen] und der Öffnung [nach außen].

- Verändert nicht die Rolle der KPCh als herrschende Partei und ihre politische Führungsrolle, wobei auch am Ziel unserer Parteimitglieder, nämlich dem Kampf für die Verwirklichung des Kommunismus, keine Abstriche gemacht werden dürfen.

- Verändert nicht unser sozialistisches System, wobei auch keine Änderungen an der führenden Rolle des Gemeineigentums und an der Hauptform der Verteilung, nämlich nach erbrachter Arbeitsleistung (und nicht nach eingebrachtem Kapital), zulässig sind. (Ebenda, nach: SWB, 14.3.89)

Diese 4 "Unveränderlichen" spiegeln die Position konservativer Reformkräfte wieder, die zwar eine begrenzte wirtschaftliche Liberalisierung anstreben, eine von radikalen Reformkräften geforderte politische Liberalisierung oder gar Demokratisierung jedoch strikt ablehnen. Die konservativen Reformkräfte weisen auch eine weitgehende Privatisierung der Wirtschaft, wie dies ebenfalls von radikalen Reformern verlangt wird, zurück. -sch-

Kultur

*(15)

Staatliche Erziehungskommission gesteht Fehler ein

Der stellvertretende Leiter der Staatlichen Erziehungskommission He Dongchang hat in einem längeren Artikel, der am 22. März 1989 in der *Volkszeitung* veröffentlicht wurde, Fehler in der Bildungspolitik eingestanden. Trotz der raschen Entwicklung in den letzten Jahren sei der Erziehungssektor noch immer rückständig. Die durchschnittliche Schulzeit betrage nur fünf Jahre, obwohl neun Jahre gesetzlich vorgeschrieben sind.

Vor allem in den ländlichen Gebieten, die 80% der insgesamt 218 Millionen Grund- und Mittelschüler stellen, sei das Niveau der Schulbildung unbefriedigend und der Unterricht praxisfern. Anlaß zur Sorge gebe auch die hohe Zahl der Lese- und Schreibunkundigen auf dem Lande: ihr Anteil an den insgesamt 214 Millionen Analphabeten in China betrage 92%. Und die aus ländlichen Gebieten stammenden Studen-

ten wollten nach Beendigung ihres Studiums nicht dorthin zurückkehren, sondern betrachteten den Universitätsabschluß als Sprungbett für einen der begehrten städtischen Arbeitsplätze.

He Dongchang rief dazu auf, die Erziehung in den ländlichen Gebieten zu verbessern. Bei der Fortführung der Reform des Erziehungswesens müsse der Schwerpunkt darauf gelegt werden, den berufsbildenden Unterricht auf die örtliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung abzustimmen (RMRB, 22.3.89).

Zwei Tage nach Erscheinen des Artikels, am 24. März 1989, hielten Li Tieying, der Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, und sein Stellvertreter He Dongchang am Rande der 2. Tagung des NVK eine Pressekonferenz in der Halle des Volkes ab. Zunächst gab He Dongchang einen kurzen Überblick über Erfolge, Mißerfolge und Probleme des chinesischen Bildungswesens. Mit berechtigtem Stolz verwies er auf die 35,8 Millionen Analphabeten, die seit 1978 mit staatlicher Hilfe lesen und schreiben gelernt haben. Gemäß einer Erhebung aus dem Jahre 1987 gebe es aber noch immer 220 Millionen Analphabeten, 70% von ihnen gehörten zur Altersgruppe der 15- bis 40jährigen. Dann wandte er sich den einzelnen Stufen des Bildungswesens zu.

Primarschulbereich:

1988 hätten 97% der Kinder im schulpflichtigen Alter die Schule besucht und 97% der Grundschüler ihre Primarausbildung abgeschlossen. Für Taube, Stumme und Blinde gebe es 492 Schulen, für geistig behinderte Kinder 158 und für Kinder im Vorschulalter 170.000 Kindergärten und Vorschulen. Die Ausstattung im Primarschulbereich sei indes ungenügend: In 90% der Grundschulen und 60% der unteren Mittelschulen fehle es an Büchern und Hilfsmitteln; 6,4% der Schulgebäude seien baufällig. Noch immer gebe es zu wenig qualifizierte Lehrer. Besorgniserregend sei die wachsende Zahl der Schulaussteiger.

Sekundarschulbereich:

Die berufsorientierten Schulen hätten Zuwachs zu verzeichnen. 1988 besuchten 5,4 Millionen Jugendliche Berufs- und technische Schulen; das seien 42,1% aller Sekundarschüler. 11 Millionen Erwachsene waren in Facharbeiter-Schulen eingeschrieben. Diese

Entwicklung sei indes in den Küstengebieten und Städten stärker ausgeprägt als auf dem Lande.

Hochschulbereich:

Hier sei das größte Wachstum zu verzeichnen. 1988 seien an insgesamt 1.075 Hochschulen und Universitäten 2,7 Millionen Studenten, einschließlich der Fern- und Abendstudenten, eingeschrieben gewesen. Außerdem hätten 1,09 Millionen Erwachsene Hochschulkurse belegt. Während im Jahre 1978 nur 10.000 Studenten einen Hochschulabschluß erworben hätten, seien es 1988 115.000 gewesen. 200 der höheren Bildungsanstalten erfüllten aber noch immer nicht die staatlichen Mindestanforderungen.

Erwachsenenbildung:

In diesem Bereich habe es große Fortschritte gegeben. In den letzten zehn Jahren hätten 150 Millionen Jungbauern verschiedene Formen der Ausbildung und technischen Schulung erhalten. Auch das Selbststudium sei gefördert worden. 4,72 Millionen Erwachsenen sei die Absolvierung einzelner Kurse bescheinigt worden, und 280.000 hätten Zeugnisse in speziellen Fächern erhalten.

Den von He Dongchang genannten Zahlen zufolge hat die Bildungspolitik vor allem im Primarschulbereich versagt. Im Sekundarschulbereich hingegen ist es offenbar gelungen, die berufsorientierte Ausbildung gegenüber der allgemeinbildenden zu stärken. Dahinter steht das Ziel, dem Mangel an Fachkräften der mittleren Kategorie abzuweichen. Aus diesem Grund ist auch die Erwachsenenbildung in den letzten Jahren gefördert worden (vgl. C.a., 1987/7, Ü 23). Auf dem Lande aber, wo besonders großer Bedarf an geschultem Personal besteht, ist das Schulwesen sträflich vernachlässigt worden, obwohl immer wieder Förderungen und Verbesserungen angekündigt wurden (vgl. C.a., 1987/11, Ü 22). Ebenso sind die Bildungspolitiker daran gescheitert, die vom Gesetz vorgeschriebene neunjährige Schulzeit (sechs Jahre Grundschule, drei Jahre untere Stufe der Mittelschule) durchzusetzen. Das Hochschulwesen schließlich kann zwar auf eine wachsende Zahl von Absolventen verweisen, doch sind die Lehrenden dort ebenso und aus ähnlichen Gründen frustriert wie die Schullehrer, von denen im folgenden die Rede ist.

Der Bildungsetat, erklärte He Dongchang weiter, sei seit 1978 jährlich um 15,5% im Durchschnitt gestiegen. 1988 habe er 32,3 Milliarden Yuan betragen (das sind 2,6% des Bruttosozialprodukts; *China Daily*, 16.3.89). In bezug auf die Einkommens- und Wohnverhältnisse der Lehrer nannte er folgende Zahlen: Das durchschnittliche Jahresgehalt von Lehrern und Verwaltungsangestellten im Schuldienst sei von 582 Yuan im Jahre 1978 auf 1.754 Yuan im Vorjahr gestiegen. Damit liege es 94 Yuan unter dem durchschnittlichen Jahreslohn der in staatlichen Unternehmen beschäftigten Arbeiter. Die den Lehrern in den Städten zugeeilte Wohnfläche sei im Durchschnitt geringer als die der übrigen Stadtbevölkerung. Noch nicht befriedigend gelöst seien die Probleme der Ruhegelder und der medizinischen Versorgung von pensionierten Lehrern.

All diese Punkte, die den Lehrerberuf so unattraktiv machen, werden seit Jahren von Bildungspolitikern, der Presse und den betroffenen Lehrern kritisiert. Vor allem aufgrund des geringen Ansehens und der schlechten Bezahlung haben sich in den letzten Jahren immer weniger junge Menschen für diesen Beruf entschieden, und immer mehr Lehrer die Schule verlassen. Der ohnehin große Mangel an qualifizierten Lehrkräften wurde dadurch weiter verschärft.

Nach diesem Überblick über die alles andere als rosige Lage des Erziehungswesens stellten sich Li Tieying und He Dongchang den Fragen der chinesischen und ausländischen Journalisten. Ein Reporter der *Jiaoyu Bao* (*Erziehungszeitung*) erkundigte sich, wie die Erklärung Deng Xiaopings vom Vortag zu verstehen sei, daß der größte Fehler der vergangenen zehn Jahre die Vernachlässigung der Bildungspolitik gewesen sei. Li Tieying bezeichnete die Einschätzung als korrekt, fügte aber hinzu, große Fehler habe man in dem vergangenen Jahrzehnt nicht gemacht, allerdings kleine, die sich auch in der Zukunft ergeben könnten. Ein australischer Reporter fragte, ob der Minister angesichts der gravierenden Versäumnisse im Bildungswesen, die zumindest zum Teil von der Führung zu verantworten seien, wohl bereit sei, für einige der Probleme persönlich die Verantwortung zu übernehmen und möglicherweise seinen Rücktritt in Erwägung zu ziehen. Li Tieying erinnerte den Fragesteller daran, daß das Land von einer Kollektivführung geführt werde. Au-

Berdem wies er darauf hin, daß er seit einem Jahr erst im Amt ist (RMRB, GMRB, 25.3.89; SWB, 29.3.89).

Im Zuge einer Politik der Transparenz müssen sich politische Führer heute auch sehr unbequeme Fragen gefallen lassen. Auf seine Verantwortlichkeit für das Scheitern der Reform des Erziehungswesens angesprochen, zog sich Li Tieying indes sehr geschickt aus der Affäre, indem er seine kurze Amtszeit hervorhob. Dies mag eine indirekte Kritik an seinem Vorgänger, dem heutigen Regierungschef Li Peng sein, der von 1985 bis 1988 Leiter der Staatlichen Erziehungskommission gewesen war. Doch auch Li Tieying hat offenbar kein Rezept, wie die Krise im Bildungswesen zu entschärfen, geschweige denn zu beheben sei. Seine Behauptung, schwerwiegende Fehler habe man sich in den vergangenen zehn Jahren nicht zuschulden kommen lassen, deutet darauf hin, daß die alte Politik auch weiterhin verfolgt wird: Bekenntnisse zur Modernisierung, so lange sie nichts kosten. -cre-

*(16)

Partei gesteht Künstlern mehr Freiraum zu

In einem am 11.3.1989 veröffentlichten Dokument fordert das Zentralkomitee der KP China die Parteiorganisationen und -institutionen auf, sich so wenig wie möglich in literarische und künstlerische Belange einzumischen. Die Führungsrolle der Partei in Literatur und Kunst, heißt es in dem Dokument, bestehe darin, politische Prinzipien und politische Orientierung zu liefern. Wenn sich führende Parteigremien allzu gründlich mit literarischen und künstlerischen Fragen befaßten, behindere das sowohl die Kreativität der künstlerischen Organisationen als auch der einzelnen Kunstschaffenden.

Ob ein Werk gut oder schlecht sei, solle das Publikum entscheiden. Führende Kader sollten den Schriftstellern und Künstlern Respekt, Verständnis und Interesse entgegenbringen, um die beiderseitigen Beziehungen zu stärken. Die Kunstschaffenden müßten die Privatansichten von Kadern zu literarischen und künstlerischen Werken nicht als Anweisungen auffassen, denen zu folgen sei.

In der Phase tiefgreifenden Umbruchs, den die chinesische Gesellschaft zur Zeit erlebe, seien ideologische Mei-

nungsverschiedenheiten zwischen Kunstschaffenden und Parteikadern unvermeidlich. Man dürfe aber nicht solche Personen, die einige radikale Ansichten vertreten, kritisieren und ihr Denken als bürgerlichen Liberalismus verurteilen. Die von der Verfassung und den Gesetzen des Landes gewährten Rechte und Privilegien der Schriftsteller und Künstler müßten ebenso geschützt werden wie die Freiheit der Kreativität und der Kritik (RMRB, 11.3.89).

Das Verhältnis zwischen Partei und Künstlern war seit Gründung der Volksrepublik von tiefem gegenseitigen Mißtrauen geprägt. Die wechselvolle Kulturpolitik der letzten Jahre trug wenig zur Entspannung bei. Immer lauter beklagten Schriftsteller und Künstler in der jüngsten Zeit die Machtwillkür und Selbstherrlichkeit der Parteikader, die sich ohne gesetzliche Grundlage als Zensoren betätigten. Mit diesem Dokument kommt die Partei den Kunstschaffenden einen großen Schritt entgegen. -cre-

*(17)

Erneut Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten

Die Beijinger Wochenzeitschrift *Liaowang* (Ausblick) machte Ende Februar auf die alarmierende Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten aufmerksam. In den vierziger Jahren waren in China Schätzungen zufolge 10 Millionen Menschen infiziert, allein in Shanghai soll es 500.000 Krankheitsträger gegeben haben. Dank einer energischen Gesundheitspolitik (Ausweitung des medizinischen Versorgungsnetzes, Aufklärungsarbeit, Verbot der Prostitution) war es der Volksrepublik gelungen, die venerischen Krankheiten bis Anfang der sechziger Jahre nahezu auszurotten. Anfang der achtziger Jahre, heißt es in dem Bericht, traten diese Krankheiten wieder vermehrt auf, blieben jedoch auf einige Küstenstädte, touristisch erschlossene Gebiete und Wirtschaftssozialzonen begrenzt. Seit 1985 aber breiteten sie sich von den Küstenstädten ins Landesinnere, von den Städten in die ländlichen Gebiete aus; in den vergangenen fünf Jahren habe sich die Zahl der Erkrankten jährlich verdreifacht.

Die Zeitschrift berichtet weiter, daß gerade der Erfolg beim Bekämpfen der Geschlechtskrankheiten in den fünfziger und sechziger Jahren ihre

Eindämmung heute erschwere. In der Bevölkerung sei das Bewußtsein für deren Gefährlichkeit geschwunden. Gravierender sei, daß auch die Medizin nicht mehr auf diese Krankheiten eingestellt sei. Viele Fachärzte hätten sich anderen Gebieten zugewandt, und junge Mediziner seien mangels entsprechender Ausbildung meist gar nicht imstande, die Symptome von Geschlechtskrankheiten zu erkennen (Liaowang, 27.2.89).

Die Auswertung von Statistiken aus 16 Städten ergab, daß 70,5% der Erkrankten männlich sind. Betroffen ist vor allem die Altersgruppe der 20- bis 39jährigen (74,03% der Fälle). Eine besonders hohe Krankheitsrate weisen die Städte Nanning, Shenzhen und Guangdong auf (in den Behandlungszentren Guangdongs wurden zwischen 1984 und September 1988 10.098 Kranke registriert). Bei 77% der Fälle handelt es sich um Gonorrhöe, bei 16,77% um Syphilis (XNA, 9.3.89).

Während weltweit die Zahl der Aids-Kranken steigt, die Fälle von Geschlechtskrankheiten aber im Zuge der Anti-Aids-Kampagnen in vielen Ländern, etwa in der Bundesrepublik, deutlich zurückgehen, ist es in China umgekehrt. Durch frühzeitige Maßnahmen (seit Anfang 1987 benötigen alle Ausländer, die längerfristig im Land arbeiten oder studieren wollen, einen Nachweis, daß sie Aids-negativ sind) ist es gelungen, diese Immunschwächekrankheit unter Kontrolle zu halten (*Liaowang* vom 27.2.89 zufolge sind in China derzeit drei Menschen an Aids erkrankt und elf damit infiziert). Die Geschlechtskrankheiten hingegen sind seit Anfang der achtziger Jahre, also seit sich das Land verstärkt für Ausländer geöffnet hat, wieder auf dem Vormarsch. Ihre Verbreitung wird gefördert durch Prostitution, größere sexuelle Freizügigkeit und durch die zunehmenden In- und Auslandsreisen der Bevölkerung.

Regierung und Behörden haben zwar bereits Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten getroffen und weitere angekündigt, doch ist zu befürchten, daß sich die beeindruckenden Erfolge aus den frühen Jahren der Volksrepublik nicht wiederholen lassen. Das medizinische Problem ist dabei das geringste: Der jetzige Mangel an Ärzten, die auf die fast in Vergessenheit geratenen venerischen Krankheiten spezialisiert sind, wird rasch behoben sein. Laut XNA vom

9.3.89 sind landesweit schon 192 Behandlung- und Vorbeugungszentren mit 1.100 Mitarbeitern sowie ein Landeszentrum in Nanjing eingerichtet worden. Die wahren Probleme für eine rasche und gründliche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind vielmehr der Verlust an sozialer Kontrolle und die größere Mobilität der Bevölkerung - ein Preis, den die Führung für ihre Öffnungs- und Modernisierungspolitik zu zahlen hat. -cre-

Außenwirtschaft

*(18)

Europäische Gemeinschaft soll mehr investieren

Am 20.3.1989 forderte der Staatskommissar Wang Fang die Investoren aus den EG-Ländern auf, ihre Direktinvestitionen in China zu erhöhen. Er äußerte sich besorgt über den Umfang der Direktinvestitionen durch die Länder der EG. Diese Investitionen lägen weit hinter jenen, die von Hongkong, den Vereinigten Staaten und Japan getätigt würden. Diese Lage sei nicht in Übereinstimmung mit den guten politischen Beziehungen, die zwischen der Volksrepublik und den EG-Ländern bestünden.

Nach offiziellen Statistiken haben die EG-Länder bislang insgesamt 1,8 Mrd.US\$ in China investiert - damit läge die EG an der 4.Stelle unter den ausländischen Investoren in China.

Wang wiederholte die Versicherung, daß die chinesische Politik der Öffnung nicht durch die gegenwärtigen Bestrebungen tangiert würden, die Wirtschaft des Landes wieder in Ordnung zu bringen. Er sagte, China versichere den ausländischen Unternehmern, die in dem Land investieren wollten, daß sie ihre Projekte nach internationalen Praktiken durchführen könnten.

Wang erklärte, daß man im Verlaufe der Öffnungspolitik viele lehrreiche Meinungen von ausländischen Freunden zur Kenntnis genommen habe. Darunter seien auch Klagen über das Investitionsklima gewesen. Langfristig sei das Investitionsklima in der Volksrepublik insgesamt nicht so schlecht - im Vergleich mit anderen Ländern.

Er wies insbesondere auf die billigen, aber qualifizierten Arbeitskräfte in den Küstengegenden sowie das bequeme Transportsystem, die gut ausgebauten Basiseinrichtungen und das Potential für die technologische Entwicklung hin. Dies seien wesentliche Elemente für die Ermutigung ausländischer Investitionen.

Staatliche Statistiken bis zum Ende des Jahres 1988 - von 1979 an - zeigten, daß die gesamten ausländischen Investitionen in China insgesamt 25 Mrd. US\$ erreicht hätten, jedoch nur 7,2% davon seien aus den EG-Ländern gekommen.

Wang fügte hinzu, daß er die technologische Zusammenarbeit zwischen China und den EG-Ländern sehr hoch einschätze. Im Jahre 1988 hätte zum erstenmal der Vertragswert der technischen Vereinbarungen zwischen den EG-Ländern und China 50% der insgesamt erreichten Verträge zwischen China und dem Ausland ausgemacht. Unter den Zusammenarbeitsprojekten im technischen Bereich befänden sich Projekte in Verbindung mit Energie, Rohmaterialien, nuklearer Fusion, biologischer Techniken, Raumfahrt, Medizin, Vorhersage von Naturkatastrophen und Schutz von historischen Denkmälern. (China Daily, 21.3.89) -lou-

*(19)

Japanische Kredite für die chinesischen Eisenbahnen

Wie der chinesische Minister für die Eisenbahnen am 30.März 1989 bekanntgab, wird die Volksrepublik vom Japanese Overseas Cooperation Fund einen dritten Kredit in Höhe von 1,2 Mrd.US\$ erhalten.

Dieser Kredit würde genutzt werden, um das überlastete Eisenbahnsystem des Landes während des 8.Fünfjahresplanes (1991-1995) zu nutzen. In diesem Jahre wird aus Japan eine Delegation erwartet, die Durchführbarkeitsstudien machen wird. Von chinesischer Seite wurde ferner mitgeteilt, daß das Eisenbahnministerium überlegt, weitere Kredite von der Asiatischen Entwicklungsbank anzufordern.

Seit 1980 hatte das Ministerium zwei Kredite vom Japanese Overseas Cooperation Fund erhalten. Der Gesamtwert betrug 289 Mrd. Yen (ca. 2,2 Mrd.US\$).

Der erste Kredit betrug 130 Mrd. Yen (1 Mrd.US\$). Er wurde zum Bau einer zweispurigen elektrischen Eisenbahnlinie von Beijing nach Qinhuangdao in der Provinz Hebei und einer einspurigen Linie von Yanzhou nach Shijiu in der Provinz Shandong genutzt.

Der zweite Kredit in Höhe von 159 Mrd. Yen (1,2 Mrd.US\$) wurde hauptsächlich für die Verbesserung der Haupteisenbahnstrecken des Landes ausgegeben. (China Daily, 31.3.89) -lou-

*(20)

Klagen über die Tourismus-Organisation

Der Leistungsstandard der chinesischen Tourismus-Organisation China International Travel Service (CITS) muß immer noch als sehr gering eingeschätzt werden. Vor allem Einzelreisende werden immer wieder Opfer der nachlässig arbeitenden Organisation bzw. ihrer Mitarbeiter.

In einem Brief an die Zeitung *China Daily* beklagt sich (beispielsweise) eine ausländische Touristin über die praktisch nicht existierenden Dienstleistungen des China International Travel Service. Sie hatte eine fünftägige Reise nach Lhasa in Tibet gebucht. Der Preis für diese Reise schloß Hotel und Frühstück, Transport vom und zum Flughafen sowie einen Wagen mit einem lokalen Führer ein. Bei der Ankunft in Lhasa waren kein Wagen und kein Führer zur Stelle. Die Touristin hatte zu warten, bis das nächste Flugzeug ankam, erst dann konnte sie in ihr Hotel gelangen. Im Hotel wußte niemand von irgendetwas, kein Raum war gebucht, und die erste Nacht hätte bar gezahlt werden müssen. Nachdem man sich weigerte, erschien schließlich ein Vertreter der CITS und erklärte, daß alles in Ordnung ginge.

Am nächsten Tag waren weder ein Wagen noch ein Führer zur Stelle, die Einzeltouristen hatten sich einer anderen Gruppe anzuschließen und mußten dahin gehen, wohin diese Gruppe ging. Am darauf folgenden Tag waren wiederum kein Führer und kein Wagen vorhanden. Das Personal habe frei, so war die Auskunft, die den Einzeltouristen gegeben wurde. Pro Tag und pro Person war für diese Dienstleistungen 200 Yuan bezahlt worden.